

10 Jahre UN-BRK: Fachtagung in Hannover

Seit genau zehn Jahren ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland geltendes Recht in Bund und Ländern. Wie hat sie die Schule verändert? Wie ist die inklusive schulische Bildung umgesetzt worden? Wie sieht

es heute in der Praxis aus – und wie geht es weiter? Der SoVD in Niedersachsen und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zogen Ende März bei einer gemeinsamen Fachtagung in Hannover Bilanz.



Großes Medieninteresse: Der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer – hier im Gespräch mit dem NDR-Hörfunkjournalisten Torben Hildebrandt – gab Interviews für TV und Radio.



Fotos (4): Christian Winter

Kritische Moderatorin: Hanna Legatis (Mitte) fragte bei Landtagspolitikern nach, warum die schulische Inklusion in Niedersachsen nicht schneller klappt – von links: Susanne Schütz (FDP), Mareike Wulf (CDU), Julia Willie Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen) und Stefan Politze (SPD).



Will die Rahmenbedingungen für Inklusion weiterentwickeln: Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne steht vor großen Herausforderungen.



Volles Haus: Mehr als 150 Teilnehmende verfolgten die Fachtagung in Hannovers Altem Rathaus – hier den Beitrag von Professor Rolf Werning von der Leibniz Universität Hannover.

Der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer kritisierte in seiner Begrüßungsrede insbesondere den Fortbestand des Parallelsystems von inklusiver Schule und Förderschule. „Mit Unterzeichnung der UN-BRK hat Deutschland das Menschenrecht auf inklusive Bildung anerkannt. Damit hat sich unser Staat auch dazu verpflichtet, Förderschulen und andere Sonderstrukturen abzubauen“, so Bauer. Daran gebe es nichts zu rütteln.

Landesregierung hält an Förderschulen fest

Dennoch hat die Große Koalition in Niedersachsen die Abschaffung der Förderschule Lernen bis 2028 ausgesetzt, die übrigen Förderschulen sollen nach derzeitiger Planung überhaupt nicht angetastet werden – für den SoVD ein klarer Verstoß gegen die UN-BRK.

Auch Holger Westphal, stellvertretender Vorsitzender der GEW Niedersachsen, beklagte, dass die Schritte zu einer inklusiven Gesellschaft nur sehr langsam vorangingen und die Situation oft von Stillstand geprägt sei.

Der als Experte geladene Professor Rolf Werning vom Institut für Sonderpädagogik an der Leibniz Universität Hannover erklärte das zentrale Problem aus seiner Sicht: „Es wird versucht, inklusive Bildung in einem weiterhin strukturell selektiven Schulsystem umzusetzen.“ Wenn schulische

Inklusion gelingen solle, dürfe die Diskussion nicht auf die Platzierung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf reduziert werden.

Kultusminister verteidigt derzeitige Politik

Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) sieht die Landesregierung dagegen auf dem richtigen Weg. „Wir reden nicht mehr über das Ob, sondern über das Wie der Inklusion“, sagte er vor den mehr als 150 Teilnehmenden der Fachtagung. Man müsse die Gesellschaft allerdings mitnehmen und ihr die Gelegenheit geben, den Weg mitzugehen. „Das kann länger dauern, als wir uns das wünschen“, so der Minister. Gleichzeitig betonte Tonne, wie wichtig ihm die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die Inklusion sei. Dazu verwies er auf aktuelle Fortschritte wie die Entfristung bestehender Stellen für Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bereitstellung zusätzlicher Stellen. Ab nächstem Schuljahr können zudem Förderschullehrkräfte an allgemeinen Schulen eingestellt und dorthin versetzt werden.

Der Fortbestand der Förderschulen war auch das zentrale Thema der Diskussion mit Politikerinnen und Politikern der Landtagsfraktionen: Susanne Schütz (FDP) und Mareike Wulf (CDU) rechtfertigten die

Parallelstruktur mit dem Argument, man müsse den Eltern die Wahlfreiheit lassen, da viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an inklusiven Schulen nicht zurechtkämen. Dem setzte Julia Willie Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen) entgegen: „Viele Kinder würden nicht scheitern, wenn die Ausstattung der inklusiven Schulen stimmte.“ Dass die Abschaffung der Förderschulen eine Umverteilung von fast 400 Millionen Euro ermöglichen würde, hatte zuvor Silke Feser vom Landesrechnungshof deutlich gemacht. Allerdings könne man nicht einfach einen Schalter umlegen, um dieses Geld auf dem Konto zu haben, wandte Stefan Politze (SPD) ein: „Dazu fehlt es an den gesetzlichen Voraussetzungen.“

SoVD-Chef Bauer übt scharfe Kritik

Adolf Bauer bezog in seinem Schlusswort noch einmal klar Position: „Die Politik darf nicht versuchen, Entscheidungsängste auf die Eltern abzuwälzen. Fast alle europäischen Länder sind weiter als Deutschland, fast alle Bundesländer sind weiter als Niedersachsen.“ Die meisten Schülerinnen und Schüler verließen die Förderschulen ohne Abschluss. „Inklusion nicht umzusetzen bedeutet daher, Generationen von jungen Menschen die Perspektiven zu nehmen“, so Bauer. *win*